Bezugspreis: Monatlich in Neuenbürg ℳ 1.50. Durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr, sowie im sonst. inl. Verk. ℳ 1.86 m. Postbestellgeb. Preise freibl. Preis einer Nummer 10 ₰.

In Fällen höh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen u. Austrägerinnen jederzeit entgegen.

Fernsprecher Nr. 4.

Girokonto Nr. 24 O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 ₰, Reklame-Zeile 80 ₰. Kollektiv-Anzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte und Auskunfterteilung 20 ₰. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früh. Vereinbarungen außer Kraft. Gerichtsstand für beide Teile: Neuenbürg. Für tel. Auftr. wird keine Gewähr übernommen.

№ 156. | Dienstag den 8. Juli 1930. | 88. Jahrgang.

Deutschland.

Landwirtschaftlicher Genossenschaftstag.

Stuttgart, 4. Juli. Zu der Frage „Sicherung der Geldquellen für die genossenschaftlich organisierte Landwirtschaft" sprach Geheimer Finanzrat Prof. Dr. Jost-Weimar, Präsident der Thüringischen Staatsbank. Die genossenschaftliche Kreditorganisation ist eine Folge der Industrialisierung unserer Volkswirtschaft. Wie die Industrialisirung der Landwirtschaft fortschritt, so erstarkte auch die genossenschaftliche Kreditorganisation, besonders seitdem sie durch eine kräftige Zentralanstalt, die Preußische Zentralgenossenschaftskasse, unterstützt wurde. Die Währungsrevolution hat diese Entwicklung jäh unterbrochen. Das eigene und das fremde Kapital war fast restlos verloren und die Leistungsfähigkeit damit außerordentlich geschwächt. Mit großem Stolze kann heute die genossenschaftliche Kreditorganisation der Landwirtschaft auf das, was sie bisher geleistet hat, zurückblicken. Vor dem Kriege hatten die landwirtschaftlichen Genossenschaften 2166 Millionen Spareinlagen aufgesammelt, heute haben sie schon wieder 1 357 800 000 Mark, das sind 62,7 Prozent des Vorkriegsstandes. Die genossenschaftlich organisierte Landwirtschaft sichert sich ihre Geldquellen am wirksamsten dadurch, daß sie die Genossenschaften trotz der ungünstigen Lage der Landwirtschaft unter allen Umständen gesund und kreditfähig erhält. Die Haftpflichten der Mitglieder dürfen nur insofern als Kreditunterlagen benutzt werden, als sie ohne Gefährdung der Einzelbetriebe realisiert werden können. Eine wichtige Sicherung der Genossenschaftskredite ist die Rücklage. Werden die Kredite so gesichert, so dürfen die landwirtschaftlichen Genossenschaften beanspruchen, daß ihnen alle in der Volkswirtschaft vorhandenen Geldquellen wie allen übrigen Gliedern der Volkswirtschaft zur Verfügung stehen. Außer den Spareinlagen sind auch alle übrigen Kreditquellen der Volkswirtschaft für die Genossenschaften nutzbar zu machen. Der Redner sprach hierzu von der Bedeutung des Wechsels für die Landwirtschaft. Er ist für die einzelnen Landwirte kein geeignetes Kredit-Instrument, wohl aber für die Genossenschaftsorganisation. Die Großwechsel der Genossenschaftsorganisation müssen privatdiskontmäßig gemacht werden. Auch alle Maßnahmen zur Förderung des Warenlombards sind eingehend zu prüfen. Gelingt es, die Landwirtschaft zur genossenschaftlichen Solidarität zu erziehen, so braucht man um die Zukunft des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens nicht bange zu sein.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung: Aufgabe und Bedeutung der landwirtschaftlichen Genossenschaften für die rationelle Gestaltung des Getreideabsatzes sprach Landesökonomierat Popp-München. Es sei notwendig, daß die Genossenschaften die Getreideverwertung immer mehr in die Hand nehmen. Die Aufgabe ist nicht der Verkauf schlechthin, sondern die Erzielung eines besseren Preises für den Bauern. Dabei muß, so weit wie irgend möglich, der direkte Weg vom Erzeuger zum Verbraucher gegangen werden. Der Referent betonte die Notwendigkeit ausreichender Zollschutzmaßnahmen und die Regelung der gesamten deutschen Getreide-Ein- und Ausfuhr durch eine Hand. Das von Dr. Solmssen propagierte Lagerscheinrecht wird von ihm als Vorteil für die Landwirtschaft angesehen, vorausgesetzt, daß es gelingt, den fungiblen Lagerschein stets zum Privatdiskont zu verwerten. Die deutsche Getreideproduktion ist in ihrer Gesamtheit keineswegs zu groß. Die deutsche Landwirtschaft muß sich lediglich vom Roggenbau mehr auf Weizen umstellen und daneben die Qualität aller Früchte heben. Wir glauben fest, daß wir auf dem Wege zur wirkungsvollen Abwehr der deutschen Agrarkrisis sind, wenn Regierung und Parlament nach wie vor Reichsminister Schiele in seiner Sorge um die Landwirtschaft nicht im Stiche lassen und die gegenwärtigen Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft unbedingt aufrecht erhalten.

Den letzten Vortrag hielt Direktor George-Berlin über „Die genossenschaftliche Maschinenvermittlung". Das Maschinengeschäft muß in Zukunft als Hauptgeschäftszweig in Angriff genommen werden. Das Genossenschaftswesen darf nicht stehen bleiben und sich neuen notwendigen Aufgaben verschließen, wie sie durch die zunehmende Mechanisierung gestellt werden. Wir stehen am Anfang einer neuen Entwicklung, die dem Genossenschaftswesen gute Aussichten auf neue Verdienstmöglichkeiten gibt, und es würde ein gewisses Armutszeugnis bedeuten, wenn es nicht gelänge, die große festgefügte Organisation für das Maschinengeschäft dienstbar zu machen. In diesem Zusammenhang machte der Redner auch Ausführungen zur Frage der Finanzierung, sowie über die Stellung des Genossenschaftswesens zum Handel.

Im Verlauf der Tagung wurden zwei Telegramme an den Reichspräsidenten und den Reichskanzler abgesandt. Sie lauten: „Die zu ihrer ersten Tagung in Stuttgart versammelten geeinten deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften erneuern dem Herrn Reichspräsidenten das Gelöbnis der Verehrung und Treue. Von dem Gefühl der engen Verbundenheit der deutschen Wirtschaftsstände durchdrungen, bekunden die Genossenschaften den einmütigen Willen, ihre ganze Kraft für die Erfüllung ihrer Aufgaben einzusetzen und durch äußerste Selbsthilfe der Landwirte zur Ueberwindung der ernsten Not des deutschen Bauerntums beizutragen. Sie danken dem in vorbildlicher Pflichttreue das Wohl des Landes wahrenden Herrn Reichspräsidenten für seine verständnisvolle und besorgte Pflege des wichtigen Nährstandes und sind gewiß, auf die Förderung ihrer Zukunftsaufgabe von höchster Stelle rechnen zu dürfen." „Dem Reichskanzler danken die geeinten deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften für die Wahrung der Lebensnotwendigkeiten des Bauernstandes und sprechen die Erwartung auf einen weiteren sachgemäßen Ausbau des Landwirtschaftsschutzes durch die Reichsregierung aus. Die Genossenschaften werden nichts unterlassen, um die staatlichen Maßnahmen durch restlose Entfaltung der eigenen Kräfte der Landwirte, nachdrücklich zu unterstützen." Zum Schluß sprach der Präsident des Reichsverbands, Reichsminister a. D. Dr. Hermes das Schlußwort, mit dem er den Dank an die württ. Staatsregierung, an die Stadt Stuttgart, die zahlreichen auslanddeutschen Genossenschafter, die württ. Landesorganisation verbindet. Mit einem Hoch auf das deutsche Vaterland und mit dem Rufe: Auf Wiedersehenen im nächsten Jahre in Pommern! schließt er die Tagung.

Befreiungsfeiern in Kehl und Trier.

Kehl, 6. Juli. Die Feier der Befreiung des Hanauer Landes von französischer Besatzung nahm einen überaus glänzenden Verlauf. Die reich geschmückte Stadt empfing eine nach Zehntausenden zählende Gästeschar. Nach Festgottesdiensten und anderen Veranstaltungen versammelte man sich am Nachmittag auf dem ehemaligen Exerzierplatz angesichts des Straßburger Münsters zu der eigentlichen Feier. Die badische Staatsregierung war vollzählig erschienen, ferner zahlreiche Vertreter der Reichsbehörden in Baden, die Oberbürgermeister der badischen Großstädte, sämtliche Bürgermeister des Badener Landes und die Rektoren der vier badischen Hochschulen. Nach Begrüßungsworten des Bürgermeisters Dr. Lutzmer sprachen Staatspräsident Dr. Schmidt und für die Reichsregierung Reichsinnenminister Dr. Wirth. Beide Redner gedachten der vergangenen schweren Zeiten und bezeichneten es als eine Aufgabe der Zukunft, daß gerade die badischen Alemannen in dem Gefühl der Stammesverwandtschaft mit den Alemannen der Schweiz und des Vorarlbergs berufen seien, eine staatenverbindende Brücke zu schaffen. Den Abschluß des Befreiungstages bildete ein großes Festbankett in der Festhalle in Kehl.

Kommunistische Ausschreitungen.

Mainz, 7. Juli. Die Kommunisten, die in Lastkraftwagen auf der Rückfahrt von einem in Worms abgehaltenen großen Treffen zurückkehrten, begingen in verschiedenen Ortschaften größere Ausschreitungen. In Gunterblum drangen sie in ein Haus ein und brachten einem Manne einen Messerstich in den Hals bei. In Bensheim a. d. Bergstraße stellte sich ihnen ein größeres Aufgebot der Darmstädter Schutzpolizei in den Weg. Die Kommunisten eröffneten das Feuer, das von der Polizei erwidert wurde. Es wurden bei, soweit bisher Feststellungen möglich waren, 8 Personen schwer verletzt. In Darmstadt wurden dann über 300 Kommunisten abgefangen und verhaftet. In den späten Abendstunden sperrte auch Frankfurter Polizei die Zugangsstraßen nach Frankfurt ab und nahm weitere 100 Kommunisten fest. In Mainz wurden 8 aus Wiesbaden stammende Lastkraftwagen mit Kommunisten, die Ausschreitungen in Oppenheim und Nierstein verursacht hatten, angehalten und zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

Große öffentliche Saarkundgebung in Trier.

Trier, 6. Juli. Im Mittelpunkt des zweiten Tages der 10. Jahreshauptversammlung des Bundes der Saarvereine stand heute eine große öffentliche Sundgebung. Die Feier fand auf dem Gelände des neuen Sportplatzes statt. Unter den Ehrengästen bemerkte man den Bürgermeister von Trier, Dr. Dornwasser, den Oberpräsidenten Dr. Fuchs, den Ehrenpräsidenten des Bundes der Saarvereine, Kommerzienrat Röchling-Völklingen und Dr. Weiß-Trier. Nach einem Chorgesang und Musikvorträgen ergriff der Vorsitzende des Bundes der Saarvereine, Senatspräsident Andres-Frankfurt a. M., als erster das Wort. Er betonte, daß es seine Pflicht sei, den Stammesgenossen an der Saar Hilfe zu leisten, wo immer es nur möglich sei. Oberpräsident Dr. Fuchs hob die treudeutsche Haltung der Saarbevölkerung seit der Abtrennung des Saargebiets hervor. Er überbrachte die Grüße der preußischen Staatsregierung und fuhr fort: Deutschland wolle im Frieden leben, aber was nütze es, wenn die Hemmnisse des Krieges und der Völkerversöhnung nicht beseitigt werden. Ein solches Hemmnis sei es, daß das Saargebiet noch nicht mit dem deutschen Mutterland vereinigt sei. Das Saargebiet könne nicht getrennt vom Mutterland sich entwickeln, wenn es auch vielleicht vorübergehend einen wirtschaftlichen Aufschwung erlebe, leben könne es nur im Zusammenhang mit dem Mutterlande. In das Hoch des Redners auf die Saarbevölkerung und Deutschland stimmten die Versammelten begeistert ein.

Trier, 6. Juni. Am Samstag und Sonntag fanden hier eine Anzahl großer Befreiungsfeiern statt, so neben der Saarkundgebung der Saarvereine, die Einweihung des neuen Kriegerdenkmals und des neuen Sportplatzes. Dem Moselfest wohnten etwa 50 000 Zuschauer bei. Zehntausende stimmten das Deutschlandlied an, um dem Jubel über die Befreiung von fremder Besatzung Ausdruck zu verleihen.

Beamte und radikale Parteien.

Berlin, 6. Juli. Die Zeitschrift des Deutschen Beamtenbundes „Der Beamten-Bund" nimmt zu dem Erlaß des preußischen Staatsministeriums über die Mitgliedschaft von Beamten in der Nationalsozialistischen und in der Kommunistischen Partei Stellung und teilt als Auffassung des Deutschen Beamten-Bundes mit: Der Deutsche Beamtenbund beobachtet seit langem mit wachsender Besorgnis die zunehmende Verrohung der politischen Sitten. Besonders muß er verurteilen, daß auch Beamte sich an der Austragung politischer Gegensätze in einer Form beteiligt haben, die sich mit der Beamtenstellung nicht verträgt. Dennoch kann er den Erlaß der preußischen Staatsregierung nicht billigen. Im weiteren wird auf die betreffenden Bestimmungen der Reichsverfassung und auf die zur Not anwendbaren Disziplinargesetze verwiesen. Die Aeußerung schließt mit der Aufforderung an die Reichsregierung, alle Maßnahmen zu treffen, um die staatsbürgerliche Freiheit der Beamten sicherzustellen.

Der rote 1. August.

Berlin, 6. Juli. Moskau hat bekanntlich für den 1. August, wie im Vorjahre, einen „Roten Antikriegstag" angesetzt, und die deutschen Kommunisten beginnen die Werbetrommel zu rühren. Aus der „Roten Fahne" erfährt man, wofür die sogenannte klassenbewußte Arbeiterschaft am 1. August aufzumarschieren hat. Nämlich: „Gegen die imperialistischen Kriegstreiber, für die Verteidigung der Sowjetunion, für die Unterstützung des bolschewistischen Fünfjahresplanes, für die Verteidigung der indischen und chinesischen Revolution (!)". Außerdem soll dann noch am 1. und 2. August in Berlin eine Antikriegskonferenz tagen, die von den gewählten Delegierten der „wichtigsten Rüstungsbetriebe Deutschlands" — die sowetrussischen wären unseres Erachtens wichtiger — beschickt werden müssen. Der 1. August, so resümiert sich die „Rote Fahne", müsse ein Kampftag „für die Verteidigung der Sowjetunion mit allen revolutionären Mitteln werden". Wohlverstanden, mit allen!

Wie das Amnestiegesetz wurde.

Berlin, 7. Juli. Die kommunistische Reichstagsfraktion hat am letzten Mittwoch geschlossen für das Amnestiegesetz gestimmt. In die Hintergründe dieses augenscheinlich nicht ganz grundsatztreuen Verhaltens der Jünger Moskaus will eine Zuschrift im „Montag" Licht bringen. Es ist den kommunistischen Abgeordneten danach gar nicht um die 3 oder 4 sogenannten proletarischen Gefangenen zu tun, die unter die Amnestie fallen, als vielmehr um ihre eigene Sicherheit. Schneller, Stöcker, Maddalena, Thälmann, Dengel und Kippenberger werden allesamt wegen Hochverrats verfolgt. Vor allem Herr Kippenberger, der im Reichstagshandbuch mit Stolz von sich sagt, er würde seit November 1923 von der Reichsanwaltschaft steckbrieflich gesucht. Bei den Verhandlungen mit dem Reichsjustizminister Bredt, der es sich angelegen sein ließ, seiner Amnestievorlage eine Zweidrittel-Mehrheit zustande zu bringen, haben nun die Reichsboten dafür gesorgt, daß auch ihre Delikte einer gewissermaßen stillen Amnestie teilhaftig werden, worauf die Justizverwaltung, immer nach der „Welt am Montag", eingegangen sei.

Filmaufführung in deutscher Sprache verhindert.

Berlin, 6. Juli. Es gibt immer noch Leute, die uns zu versichern lieben: die Tschechen legten Wert auf die denkbar besten Beziehungen zum deutschen Reich, nur mit ihren sudetendeutschen Staatsgenossen lägen sie sich nun einmal seit acht Jahrhunderten in den Haaren. Wie weit von aller Wirklichkeit dies ist, zeigt wieder ein Vorgang, den das „Berliner Tageblatt" aus Prag sich berichten läßt. Das Kino „Luzerna" hatte den deutschen Tonfilm „Atlantik" erworben. Vor einem Parkett geladener tschechischer Gäste wurde am 3. März darüber abgestimmt, ob der Film in der deutschen oder der englischen Fassung vorgeführt werden soll. 379 Stimmen entschieden sich für die deutsche und nur 148 für die englische Fassung. Die Aufführung wurde jedoch solange hinausgeschoben, bis die Verleihfirma gegen den Kinobesitzer Klage erhob. Nun stellte sich heraus, daß der Lizenzinhaber des Kinos, das tschechische Rote Kreuz nämlich, die Aufführung in deutscher Sprache verhindert hatte. An der Spitze des tschechischen Roten Kreuzes steht aber Fräulein Alice Masaryk, die Lieblingstochter des Staatspräsidenten.

Ausland.

Warschau, 7. Juni. Bei der Aufhebung einer verbotenen kommunistischen Demonstration in Sosnitz wurde auf die Polizei mit Steinen geworfen und geschossen, die ebenfalls von der Schußwaffe Gebrauch machte. Bei der Schießerei wurde ein Demonstrant erschossen, ein Polizist und ein Unbeteiligter verletzt. Durch Steinwürfe sind mehr als 10 Polizeibeamte verwundet worden.

Paris, 7. Juli. Sauerwein, der Vertraute Briands, plädiert für ein deutsch-französisches Zusammengehen, da nur Frankreich Deutschlands berechtigte Wünsche in der Militär- und Korridorfrage erfüllen könne.

Kundgebung Eupen-Malmedys.

Lüttich, 6. Juli. Auf der Tagesordnung der letzten Sitzung des Provinzialrates stand auch ein Antrag Wigny (Kath.) und Genossen auf Gewährung einer Beihilfe an die Waisenhäuser der Provinz, die ihre Pflegebefohlenen zur Lütticher Weltausstellung führen. Die drei Vertreter der Christlichen Volkspartei Eupen-Malmedy-St. Vith, Libert, Fatzmann und Dr. Neuderscheidt, stimmten dem Antrage zu. Zur Begründung führte Abgeordneter Libert in deutscher und französischer Sprache aus: „Bei unserer Zustimmung leitet uns der Gedanke, zu beweisen, daß wir gegen die beiden Völker, die vor hundert Jahren zum belgischen Staat vereinigt wurden, keine feindseligen Gefühle hegen, ihnen vielmehr auch für das zweite Jahrhundert der nationalen Unabhängigkeit Belgiens Glück und Wohlfahrt wünschen. Wir wollen indessen keinen Zweifel darüber lassen, daß unsere Zustimmung keineswegs die Anerkennung des gegenwärtigen staatsrechtlichen Zustandes unserer Gebiete bedeutet. Wir werden im Gegenteil, getreu dem Programm der Christlichen Volkspartei, in Uebereinstimmung mit unsern Wählern und der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung nicht aufhören, für Eupen, Malmedy und St. Vith eine neue, regelrechte Volksbefragung zu verlangen."

Prittwitz-Gaffron am Mikrophon.

Newyork, 7. Juli. Im Rundfunk hielt der deutsche Botschafter in Washington, Dr. v. Prittwitz-Gaffron, über die deutsch-amerikanischen Beziehungen eine Rede, die über ganz

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Amerika verbreitet wurde. Vor seinem Vortrag wurde der deutsche Botschafter durch den Senator Foß am Mikrophon den amerikanischen Hörern vorgestellt. In seiner Rede ging der deutsche Botschafter auf die sich immer mehr vertiefende Freundschaft zwischen Amerika und Deutschland ein. Dieses sei in erster Linie durch die großen Fortschritte der Technik bedingt, vor allem durch das Rundfunkwesen, den Luftschiffbau und die Flugzeugtechnik. Sodann dankte der Botschafter für den freundlichen Empfang deutscher Juristen und Professoren, die zu Studienzwecken nach Amerika kamen. Nicht nur eine Interessengemeinschaft, sondern auch eine Ideengemeinschaft verbinde die beiden Staaten. In seiner Rede ging der deutsche Botschafter auch noch auf die Verdienste des Generals Steuben zum Sieg im amerikanischen Unabhängigkeitskrieg ein und auch auf die Verdienste des Generals Kalb während der amerikanischen Revolutionskämpfe.

Aus Stadt und Bezirk

Neuenbürg, 7. Juli. Gestern Sonntag nachmittag fand im Gasthof z. „Ochsen" in Höfen die Hauptversammlung des Bezirks-Obst- und Gartenbauvereins statt, zu welcher Obstbauinspektor Schaal-Stuttgart zu einem Vortrag gewonnen wurde. Voraus ging ein Felderumgang, bei welchem interessante Belehrungen gegeben wurden. Die Versammlung war im allgemeinen gut besucht. Der Vorsitzende des Bezirksvereins, Stadtschultheiß Knodel-Neuenbürg, eröffnete die Versammlung mit herzlichen Begrüßungsworten, insbesondere begrüßte er Obstbauinspektor Schaal, dem es durch die Verschiebung der 50jährigen Jubiläumsfeier des Württ. Obstbauvereins mit geplanter Obstausstellung ermöglicht wurde, in dieser Versammlung zu erscheinen. Er erteilte hierauf Obstbauinspektor Schaal das Wort zu seinem Vortrag, welcher in humorvollen Worten denselben einleitete und Vergleiche zog zwischen Großstadt und den an Naturschönheiten reichen kleinen Plätzen. Er zerpflückte die gegenwärtig herrschenden wirtschaftlichen Verhältnisse und betonte ausdrücklich, daß es für uns noch ein Trost sei, daß der Grund und Boden noch unser sei. Uebergehend zu den einzelnen Obstsorten unterschied er Mostobst und Tafelobst, für welches er eine besondere Pflege und Förderung empfahl. Die Obstbauvereine bieten Gewähr dafür, daß zum Umpfropfen wie auch bei Neupflanzungen diejenigen Sorten gekauft werden können, die man wünsche. Dies bedeute einen großen Fortschritt. An einzelnen Beispielen führte er die Pflanzung verschiedener Gewächse vor Augen, welche aber nur nach dem Naturgesetz gedeihen, wo die klimatischen und Bodenverhältnisse vorhanden sind. Zu diesem Zweck seien die Vereinigungen vorhanden, welche die Aufgabe haben, hier fortschrittlich zu wirken und gegenseitig durch praktische Betätigung und Aufklärung die gesteckten Ziele zu verwirklichen. Ein hartes Urteil fällte er für die Jugend, die in dieser Beziehung keinerlei Interesse zeige. Der Vortragende behandelte in anschaulicher Weise die Pflanzung von Wandspalieren unter Berücksichtigung gewisser Sorten und den versprechenden Lagen (Süden oder Osten). Wagrechtes Holz bringe Früchte, senkrechtes treibe Holz. Eine Zwischenpflanzung von Steinobst zwischen Kernobst soll grundsätzlich vermieden werden, da ersteres Wurzeltriebe treibe bis zu 30 Meter und dadurch reichlich Stoff dem Boden entziehe. Das gleiche gelte auch bei Nußbäumen. Redner schilderte ganz eindringlich die Pflanzung der Bäume, vorhandene Steine müßten beseitigt werden, je nach dem richte sich die Größe des Baumlochs. Die notwendigen Pfähle sollten stets auf der Südseite angebracht werden. Als ein wichtiger Zusatz für die Pflanzung sei Torfmull sehr zu empfehlen, welcher die Entwicklung der Faserwurzeln wesentlich fördert. Eine richtige Pflege der Bäume durch Entfernen der Moose usw. wie auch eine richtige Düngung verhindere die Bildung von Schädlingen und begünstige das Spritzen. Bei Verlosungen soll mit der Verabreichung von Scheren usw. sparsam umgegangen werden, da oft viel Unheil damit angerichtet werde. Der interessante Vortrag fand viel Beifall; Stadtschultheiß Knodel dankte dem Redner für seinen äußerst lehrreichen Vortrag, der von der Versammlung dankbar aufgenommen wurde. Karl Neuweiler-Höfen dankte namens der Mitglieder von Höfen dem Vortragenden wie auch dem Vorsitzenden, daß diese Versammlung in Höfen stattfindet und wünschte, daß das Gehörte auch nutzbar angewendet werde. Er empfahl ferner die Anstellung eines Bezirksbaumwarts. Mit ermunternden Worten schloß der Vorsitzende die schön verlaufene Versammlung und dankte für das bekundete Interesse. Sch.

(Wetterbericht.) Schwacher Hochdruck beherrscht noch die Wetterlage. Für Mittwoch und Donnerstag ist immer noch zeitweilig heiteres, zu Gewitterstörungen geneigtes Wetter zu erwarten.

Birkenfeld, 8. Juli. Anläßlich des 30jährigen Jubiläums des Arbeiter-Radfahrervereins Dietlingen weilte die Arbeiter-Radfahrer-Vereinigung „Solidarität" Birkenfeld bei dem Jubelverein und beteiligte sich am Straßenkorso, wo die Birkenfelder den 1. Preis erhielten. Im 50-Kilometer-Rennen konnte als 2. Sieger das Mitglied Erwin Scherer gekrönt werden.

Ottenhausen, 7. Juli. Der Kabinettmeister Johann Bazner konnte am 1. Juni d. J. auf eine 40jährige Tätigkeit bei der Firma Eugen Feßler in Pforzheim zurückblicken. Aus diesem Anlaß wurde ihm dieser Tage durch die Polizeidirektion die Ehrenurkunde des badischen Staatspräsidenten überreicht.

Pfinzweiler, 7. Juli. Dem Gesangverein Eintracht Pfinzweiler gelang es unter Leitung des bewährten Dirigenten Ernst Höll beim Gesangswettstreit in Conweiler in der ersten Stadtklasse den 1a-Preis und in der Gesamtleistung unter 27 Vereinen die 6. Stelle zu erringen. Wir gratulieren dem Verein in dieser kleinen Ortschaft zu seinem großen Erfolg.

Württemberg

Stuttgart, 7. Juli. (Eine Bauerntragödie.) Vor den Gerichtsferien trat das Schwurgericht noch einmal zu einer kurzen Sitzung zusammen. In der ersten Verhandlung hatte sich der 24 Jahre alte ledige Landwirt Wilhelm Roth von Hohenstange, OA. Ludwigsburg, wegen Totschlags zu verantworten, da er am 22. Mai seinen Bruder Karl nach vorausgegangenem Streit so schwer verletzt hatte, daß dieser nach kurzer Zeit starb. Der Angeklagte hatte vorher mit seinem Vater einen Streit gehabt, wobei beide miteinander tätlich wurden und der Vater eine leichte Stirnwunde davontrug. Als dann der Bruder des Angeklagten dazu kam und vom Vater die Ursache der Verletzung erfuhr, versetzte der ältere Bruder dem Angeklagten einen Backenstreich und ging auch mit einer schweren Eisenstange auf ihn los. Der Angeklagte verhielt sich zunächst ruhig, als aber sein Bruder gar nicht mehr von ihm ablassen wollte, griff er zum Taschenmesser und brachte ihm einen Stich in die Bauchgegend bei, die tödlich wirkte. Der Angeklagte bekundete Reue, das Gericht erkannte gegen ihn wegen Körperverletzung mit nachgefolgtem Tode auf 5 Monate Gefängnis.

Stuttgart, 7. Juli. (Vertretertag der württ. oberen Postbeamten.) Am Sonntag fand im Blumensaal des Charlottenhofs der Vertretertag der Württ. Vereinigung der oberen Reichs-, Post- und Telegraphenbeamten statt. Die Vertreter aller württ. Gaue waren erschienen. Der Reichstagsabgeordnete Joh. Groß gab einen Bericht über die derzeitige schwierige finanzielle Lage des Reiches. Der 1. Landesvorsitzende Westermayer ging in seinem Tätigkeitsbericht ebenfalls auf die Finanzlage des Reiches und auf die allgemeine Wirtschaftslage ein. Nach längerer Aussprache wurden die an die Reichstagung zu stellenden Anträge angenommen. Außerdem wurden 2 Entschließungen gefaßt, von denen die eine die geplanten Belastungen der Beamten erörtert. Die andere Entschließung befaßt sich mit der erheblichen Ueberalterung der zur Beförderung längst heranstehenden württ. altverwaltungsgeprüften Postinspektoren.

Waiblingen, 7. Juli. (Freispruch des Rechnungsrats Knöringer.) Am 1. Juli fand vor dem Reichsgericht die Verhandlung in der Strafsache gegen den städt. Rechnungsrat Knöringer in Waiblingen statt. In dieser Sache hatte gegen das freisprechende Urteil des Landgerichts Stuttgart die Staatsanwaltschaft Stuttgart Revision eingelegt. In der reichsgerichtlichen Verhandlung trat der Vertreter der Reichsanwaltschaft für die Freisprechung des Angeklagten und für die Verwerfung der Revision der örtlichen Staatsanwaltschaft ein, da deren Standpunkt von ihm nicht vertreten werden könne. Darauf kam das Reichsgericht mit seinem Spruch zur Verwerfung der Revision und damit zur endgültigen Freisprechung des Angeklagten.

Deutmergen OA. Rottweil, 6. Juli. (Der Einbruch im Pfarrhaus.) In der Nacht vom 3. auf 4. Juli wurde im hiesigen Pfarrhaus ein raffinierter Einbruch verübt. Zwei maskierte Einbrecher stiegen mittels einer Leiter durch das offene Fenster in das Studierzimmer des Pfarrers Scheel. Der nebenan schlafende Pfarrer erwachte alsbald. Er vermutete seine Schwester im Studierzimmer, die ihn zu einem Verschgang holen werde. Er rief sie deshalb an, bekam aber keine Antwort. Statt dessen trat einer der Einbrecher mit einer Taschenlampe und einem Revolver in der Hand in das Schlafzimmer, ihn auffordernd, sich ruhig zu verhalten und ja keinen Lärm zu machen. Dann sagte er: „Herr Pfarrer, wir wollen Geld, geben Sie uns Ihr Geld. Wir sind arbeitslos und wollen auch essen." Der Pfarrer versicherte dem Einbrecher, daß er 20 RM. im Geldbeutel habe und diese wolle er ihm bereitwillig geben. Geldbeutel, Messer und Schlüssel nahm nun der Einbrecher an sich. Der zweite Einbrecher durchwühlte mit Hilfe einer Taschenlampe sämtliche Behältnisse, fand aber nichts. Inzwischen erwachte auch die neben dem Studierzimmer schlafende Schwester des Pfarrers. Sie wollt das Studierzimmer betreten, wurde aber von dem einen Einbrecher aufgefordert, ruhig zu bleiben, und wurde in ihrem Zimmer eingeschlossen. Die nebenan schlafende zweite Schwester des Pfarrers erwachte ebenfalls und vermutete sofort Einbrecher. Sie rief zum Fenster hinaus um Hilfe. Der in der Nähe wohnende Ortslehrer, Oberlehrer Amann, der zufällig wach, hörte die Hilferufe und schlug Lärm. Bald waren einige Bürger auf den Beinen, doch bis sie zum Pfarrhaus kamen, waren die Einbrecher verschwunden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß vor dem Dorf ein Auto die Verbrecher aufnahm.

Blaubeuren, 6. Juli. (Erweiterung oder Neubau des Krankenhauses?) In der Amtsversammlung wurde die Frage der Erstellung einer Erweiterung oder eines Neubaus des Krankenhauses erörtert. Früher war man für einen Erweiterungsbau. Jetzt neigt man mehr zu einem Neubau auf dem sog. Amtsacker. In der letzten Sitzung der Amtsversammlung wurde eine Einigung dahin erzielt, daß bis zum Herbst beide Pläne ausgearbeitet werden sollen, um dann in einer außerordentlichen Amtsversammlung die Entscheidung zu treffen. Einstimmig angenommen wurde eine Entschließung gegen die Aufhebung des Oberamts.

Biberach, 7. Juli. (Furchtbares Unwetter im Oberland.) Ein furchtbares Unwetter entlud sich in der achten Abendstunde des Sonntags in Oberschwaben. Ueber dem Bodensee begann das Unwetter seinen Einzug, ein Sturm, der Bäume entwurzelte, setzte ein und hauste in den Wäldern und Obstgärten verheerend. Hagel ging strichweise nieder. Der wolkenbruchartige Regen machte sich besonders in der Gemeinde Schweinhausen, OA. Waldsee, bemerkbar. Felsstücke und Steine rissen die Wasser mit sich, entwurzelte Bäume wurden in die elektrischen Leitungen geworfen. Die Stromversorgung versagte zeitweise längere Zeit. Breite Gräben wurden aus der Straße ausgespült. Die Lokomotive der Nebenbahn Biberach—Ochsenhausen ist Sonntag abend bei der Rückfahrt von Biberach in der Nähe der Station Reinstetten infolge des Sturmes und der Schlammwasserschwemmung entgleist. Die Wagen blieben auf dem Gleis stehen. Verletzt wurde niemand. Der Bahnkörper ist beschädigt. Am Montag früh war die Strecke noch nicht befahrbar. Die Fahrgäste mußten von allen Ortschaften mittels Autos nach Biberach geführt werden.

Mochenwangen, OA. Ravensburg, 7. Juli. (Schwerer Hagelschlag.) Samstag nachmittag gerade zu dem Zeitpunkt, als die Gemeindefeier anläßlich der Investitur unseres neuen Pfarrherrn, Monsignore Remmele, beginnen sollte, brach über der Gemeinde ein starkes Gewitter aus, begleitet von einem furchtbaren Hagelschlag. Dicht fielen die Hagelkörner, die durchweg die Größe von Hühnereiern hatten. Unbarmherzig wurden Mensch, Tier und Pflanzenwelt von den riesigen zackigen Körnern getroffen. Ununterbrochen trommelte es auf die Felder und Gärten und Dächer nieder. Die Obstbäume verloren ganze Aeste und viele werdende Frucht. Sogar Fensterscheiben wurden zertrümmert. Ein Begehen der Straßen wäre beim Hagelschlag nahezu lebensgefährlich gewesen.

Leutkirch, 6. Juli. (Wieder ein Hof abgebrannt.) Zum drittenmal in fünf Tagen wurde unser Oberamtsbezirk von einem Brandunglück heimgesucht. Vermutlich wieder infolge Selbstentzündung des Heustocks brannte gestern nachmittag das Anwesen des Landwirts Eduard Bühler in Urlau-Unterhofen bis auf den Grund nieder. Der Besitzer hatte gerade das letzte Fuder Heu in die Scheune eingefahren, da stand plötzlich der Dachstock in Flammen. Dieses letzte Fuder verbrannte ebenfalls mit samt dem Wagen. Das Pferd riß zum Glück ab und entging so dem Flammentod. Mit Hilfe der Nachbarschaft konnte das Vieh und einiges Mobiliar gerettet werden. Dagegen mußten zwei schwere Schweine erbärmlich verbrennen. Die Familie hat neun Kinder. Sie umstanden den Brandplatz und mußten mit Tränen in den Augen zusehen, wie ihr Heimat und ihre kärgliche, sauer verdiente Habe verbrannte. Da kein Wasser in der Nähe war, wurde die Weckerlinie von Leutkirch nicht alarmiert.

Carlos Puenta

22 Roman von Kurt Martin

„Jetzt hören Sie aber auf! Sie halten immer noch die Hanna Lang für ein Unschuldslamm. Und wozu dann der Mord an dem Förster, wozu raubte man sein ganzes Geld? Viel Geld! — Wer erschlug die Hunde? — Warum wehrte sich denn die Hanna Lang nicht? — Nein, so kommen wir nicht weiter! — Da habe ich mit meinen Mutmaßungen schon sicherlich das Richtigere getroffen! Die Hanna Lang hatte es auf das Geld des Försters Lang abgesehen; sie gewann einen Helfer, einen Mordbuben, ließ ihn die Tat begehen, teilte mit ihm den Raub und floh. Sehen Sie, dann liegt der Fall ganz klar! Dann liegt auch die Entführung der Anny Regler glatt abgesondert, und die beiden Schmuggler im Schlitten gehen uns überhaupt nichts an."

„Wozu brauchte denn die Hanna Lang den Mord begehen zu lassen. Sie konnte doch mit dem Gelde Langs fliehen und den Förster ruhig am Leben lassen. Sie war ja oft allein im Hause. Da konnte sie ungestört Schrank und Kassette erbrechen und entfliehen."

„Aber sie hätte damit rechnen müssen, daß der Förster schon nach wenigen Stunden ihren Raub entdeckte und ihr die Verfolger auf den Leib hetzen würde. So aber hatte sie Zeit zum Entkommen, bis man den Mord entdeckte."

„Das bot ihr aber doch keine Sicherheit für eine Flucht. Man hätte doch ebenso gut noch am gleichen Abend oder in der gleichen Nacht den Mord entdecken können. Dann hätte sie ja auch nur geringen Vorsprung gehabt."

Roeb seufzte.

„Sie sind unverbesserlich! Sie haben stets ein Aber! — Jetzt passen Sie auf. Sie wissen doch noch, was der Lorenz Hiebler bei seiner ersten Vernehmung aussagte, nicht wahr?"

„Gewiß."

„Ich habe ihn inzwischen wieder vernommen!"

„Und"

„Er hat jetzt ganz anders ausgesagt."

„Da bin ich doch gespannt."

„Hören Sie! — Er ist nicht so unbeteiligt an dem Mord, wie er sich anfangs hinstellte. Er ging nicht so unschuldig am Forsthause vorbei. Er war dein, im Tannenhof!"

„Der Hiebler?"

„Ja, der Hiebler!"

„Und was hat er gesehen?"

Den Förster hat er gesehen, und die Hanna Lang, gesprochen hat er mit ihnen, hat sie gefragt, ob sie etwa wüßten, wem der Dolch gehöre, den er gefunden habe."

„Aber der Dolch ist ja die Mordwaffe!"

„Das leugnet er. Der Stein, den Sie in der Dielenritze neben der Leiche des Försters fanden, soll aus dem Dolchgriff gefallen sein, als der Förster und die Hanna Lang den Dolch besahen."

„Aber der Förster ist ja unbedingt kurz nach seiner Heimkehr ermordet worden. Das beweist ja seine Kleidung!"

„Er wäre im Hausanzug gewesen und hätte gesagt, er wolle später nochmals hinaus in den Wald; er müßte sich also später nochmals angezogen haben."

„Und dann soll auch die Hanna Lang erst so spät am Abend das Essen in der Küche bereitet haben? — Das ist ja nicht wahr!"

„Natürlich ist das nicht wahr! Er widerspricht sich in einem fort. Aber zugegeben hat er jetzt, daß er im Forsthause war."

„Und dann will er wieder gegangen sein?"

„Ja, ohne natürlich dem Förster ein Haar gekrümmt zu haben."

„Rätselhaft!"

„Er ist der Mörder Langs, oder eben einer seiner Mörder — Es ist zu dumm, daß der Anton Schwob tot ist, daß er nicht noch mehr gestehen konnte! — Er hat mit dem Hiebler gemeinsame Sache gemacht, nehme ich an, und sie haben den Förster ermordet. Vielleicht kam Schwob auch erst dazu, als Hiebler den Förster bereits erstochen hatte."

„Und Hanna Lang?"

„War dabei. Die hat alles angestiftet!"

„Sagt das der Hiebler?"

„Ach so! — Der will ja nichts von dem Mord wissen!"

„Und Sie meinen, Hiebler habe mit dem fremdartigen Dolch den Förster erstochen?"

„Ja! Er oder Schwob — oder auch die Hanna Lang!"

„Aber woher sollten sie denn diese Waffe haben?"

„Das weiß der liebe Gott! — Er will sie ja gefunden haben!"

„Hätte er wirklich als Mörder solange die Mordwaffe mit sich herumgetragen?"

„Es ist schon Rätselhafteres vorgekommen."

Ein Amtsdiener trat ein und meldete, eine Frau möchte zur Mordsache Lang etwas aussagen.

Der Staatsanwalt nickte lebhaft.

„Führen Sie sie sofort herein!"

Gespannt sah er der Eintretenden entgegen.

Eine alte, ärmlich gekleidete Frau kam ängstlich näher.

„Wer sind Sie?"

„Ach, ich wollte nur fragen —"

„Liebe Frau, sagen Sie mir zunächst Ihren Namen!"

Die Alte ward noch ängstlicher. Tränen standen in ihren Augen.

„— Weil es heißt, daß der Mörder doch noch nicht gefunden sei, — und man soll doch alles sagen —."

„Natürlich soll man alles sagen! Aber erst will ich Ihren Namen wissen!"

„Und —, und —."

Roeb runzelte die Stirn.

„So viel Zeit haben wir nicht! Kommen Sie zur Sache! — Wie heißen Sie?"

„Wampler, — Paula Wampler."

„Na, Frau Wampler, was wollen Sie denn uns melden?"

„Ach, es stand in der Zeitung, ob jemand etwas von dem Schlitten wisse, damals, am 23. Januar, abends."

„Von dem Schlitten? Wer den gesehen hat? — Ja. — Haben Sie ihn denn gesehen?"

„Ich weiß ja nicht, ob er das war. Ein Schlitten, mit zwei schwarzen Pferden, ohne Schellen —."

„Wo sahen Sie ihn denn?"

„Ich bin ja so erschrocken."

„Also erzählen Sie es nun endlich!"

„Ich war im Wald, — ich —, es ist ja so kalt, — ich bin so arm —. Sie dürfen mich aber nun nicht auch noch einsperren!"

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Waldsee, 6. Juli. (Ertrunken.) Eine überaus traurige Botschaft wurde der Witwe Fricker in Unteruhrbach zuteil. Sie erhielt aus der Schweiz, wo ihr 21jähriger Sohn Otto als Malergehilfe beschäftigt war, die Nachricht, daß dieser beim Baden ertrunken sei.

Baden.

Pfullendorf, 7. Juli. Die 31 Jahre alte Frau Lena Boll, die ihrem Mann, dem Fuhrunternehmer Paul Boll beim Kiesfahren half, wurde von einer einstürzenden Kieswand verschüttet und erstickte. Obwohl das 5 Jahre alte Kind in der Nähe war und sofort Hilfe herbeiholte, konnte die Bedauernswerte nur als Leiche geborgen werden.

Singen a. H., 6. Juli. Heute nachmittag 6 Uhr zog von Südosten kommend ein schweres Unwetter über die Hohenzwielstadt und den Hegau. Ein wolkenbruchartiger Regen ging 1½ Stunden lang über die Stadt und die Umgebung nieder. An der Eisenbahnunterführung bei Engen stauten sich die Wasser so stark, daß die Fußgänger die Straße nicht mehr passieren konnten, sondern zu Hunderten auf den nahen Wiesen stehen bleiben mußten. Kraftfahrzeuge konnten sich nur mit Mühe den Weg bahnen. In Tengen hat der Regen die Straßen aufgerissen. Die Bauern hatten alle Mühe, das Wasser aus den Wohnungen und aus den Ställen zu schaffen und das Vieh zu retten. Zwischen Fützen und Weizen wütete das Unwetter furchtbar. Die gut geteerten Straßen wurden aufgerissen und machten ein Passieren unmöglich. In Fützen steht die ganze Ortschaft unter Wasser. Der in Feldern, Wiesen, Gärten und Obstanlagen angerichtete Schaden ist außerordentlich groß. Seit Jahrzehnten wütete in dieser Gegend ein Unwetter nicht mehr mit einer solchen Gewalt wie heute.

Vermischtes.

Selbstentzündung des Heustocks. Die Zahl der Brände, die auf Selbstentzündung des Heus zurückzuführen sind, mehren sich. Verschiedentlich mußten schon Heustöcke, die bereits braun gefärbt waren und deutlich die Spuren der drohenden Selbstentzündung zeigten, umgesetzt werden. Der Grund der stärkeren Gärung des Heus liegt darin, daß das Futter heuer beim Schnitt sehr vollsaftig und fett war und bei der heißen Temperatur sehr schnell eingebracht wurde. Die Landwirte tun daher gut, ihre Heustöcke mit größter Sorgfalt und in regelmäßigen Zeitabschnitten genau nachzusehen und zu überwachen.

Reineke Fuchs. In Scheidegg drang in der Nacht ein Fuchs in eine Hühnerfarm ein und biß alle vorhandenen 120 Hühner und etliche Enten tot.

Saubere Kurgäste. Die beiden ledigen Dienstknechte Riemer aus Memmingen und Schmid aus München schlichen sich in Abwesenheit der Hausbewohner in den Einödhof des Landwirts Staub in St. Johann bei Erkheim ein und erbeuteten über 50 Mark Bargeld. Bei einem früheren Einbruch ebenfalls bei einem Landwirt fielen ihnen 530 Mark in die Hände. Mit diesem Geld leisteten sich die sauberen Gesellen einen Kuraufenthalt in Oberstdorf, bis das ganze Geld restlos aufgebraucht war.

Amtliche Revision im Storchennest. In einem Nachbardorf von Bransche im Hannoverschen machte ein Hofbesitzer die Wahrnehmung, daß ihm fortgesetzt auf einer Wiese in der Hasenniederung zum Bleichen ausgelegte Wäschestücke verschwanden. Es wurde angenommen, daß die Wäsche in früher Morgenstunde von einem Dorfbewohner gestohlen würde, doch war es nicht möglich, den Täter festzustellen; auf den Storch, der im Wiesengrunde harmlos nach Futter suchte, hatte niemand Verdacht. Da sah zufällig eine Hofbesitzerfrau eine unheimliche Erscheinung in der Luft, von welcher sie nur ein langes, flatterndes Gewand erkannte, das in einem im Dorf befindlichen Strohnest verschwand. Der Gemeindevorsteher wurde benachrichtigt und ordnete eine „Haussuchung" auf dem Dachfirst des Hauses an. Der Dieb war der Storch, man war nicht wenig überrascht, ein molliges, großes Nest, das aus allerlei Gestrüpp und Leinwandstücken von dem Langbein hergerichtet war, vorzufinden. „Beschlagnahmt" von der Dorfobrigkeit wurden ein Männerhemd, ein Frauenhemd, zwei Kinderhemdchen, 5 Taschentücher und 3 Handtücher. Der Spitzbube stand bei der Revision seiner Wohnung auf einem Nachbardach und klapperte, vermutlich eine Verteidigungsrede. Das „Gericht" trat zusammen, der Kläger beantragte „Tod durch Erschießen". Mit Rücksicht aber darauf, daß sich unter dem Raub zwei Kinderhemdchen befanden, die der Gevatter bei Besorgung seiner Obliegenheiten wahrscheinlich gleich mitnehmen wollte, erfolgte seine glänzende Freisprechung.

Zu den Lübecker Todesfällen. Direktor Haendel vom Reichsgesundheitsamt erstattete vor einem großen Kreis von Pressevertretern Bericht über den Stand der von ihm geleiteten Untersuchungen über das Lübecker Kindersterben. Die Arbeiten haben noch zu keinem Endergebnis geführt. Das wird vielmehr frühestens in 4 Wochen zu erwarten sein. Die Untersuchungen erstreckten sich auf 3 Punkte: Es gilt nämlich erstens festzustellen, ob durch die Verwendung anderer als der bei Calmette üblichen Nährböden für die Calmettekulturen in Lübeck eine Virulenzsteigerung eingetreten ist. Dann muß ermittelt werden, ob etwa eine Vertauschung von Kulturen vorgekommen ist und zuletzt ob eine Vermengung von virulenten Teilen mit den Calmettebazillen, also eine Verunreinigung, stattgefunden hat. Professor Deycke hat in der Tat, wie ihm vor längerer Zeit vorgeworfen worden ist, die zur Impfung benutzten Aufschwemmungen der Calmette-Kulturen nach dem ersten Todesfall fortwerfen lassen, nicht aber sind die Kulturen selbst vernichtet worden, so daß die mit der Untersuchung betrauten Stellen nicht annehmen wollen, daß eine Vertuschungsabsicht beim Leiter des Lübecker Krankenhauses vorgelegen hat. Auch sonst haben die Lübecker Behörden alles notwendige Material dem Reichsgesundheitsamt bereitwillig zur Verfügung gestellt. Ueber das Calmette-Verfahren selbst wird das Reichsgesundheitsamt ebenfalls erst ein abschließendes Urteil sich zu bilden vermögen, wenn die Untersuchungen beendet sind. Allerdings hat man bereits im Jahre 1927, als hier das erste Mal das Calmette-Verfahren begutachtet werden sollte, die Aerzte vor einer Anwendung gewarnt. Dessen ungeachtet sind aber seitdem in Berlin, Breslau und Ostpreußen Calmette-Fütterungen erfolgt, zum Unterschied von Lübeck aber nicht generell, sondern nur an ausgewähltem Kindermaterial. Todesfälle sind nicht eingetreten.

Gattenmord und Versicherungsbetrug? Die Berliner Kriminalpolizei verhaftete am Freitag den Kaufmann Konrad T. aus Schmargendorf unter dem Verdacht, daß er am Tod seiner Frau schuld sei. Wie Berliner Blätter dazu ergänzend melden, war der Verhaftete am 16. Juni bei der Polizei mit der Meldung erschienen, daß seine Frau einer Gasvergiftung zum Opfer gefallen sei. Nach einiger Zeit tauchten jedoch Gerüchte auf, daß nicht alles mit rechten Dingen zugegangen sein soll, besonders da Frau T. mit 20 000 Mark gegen Unfall mit tödlichem Ausgang versichert war. Der Verhaftete bestreitet jede Spur.

Wieder ein Drahtseilanschlag. Auf der Landstraße zwischen Salzwedel und Brome entdeckten zwei Kraftwagenfahrer aus Ifenbüttel und Gifhorn im Scheinwerferlicht ein auer über die Straße gespanntes Seil. Durch scharfes Bremsen konnte der Wagen dicht vor dem Hindernis zum Stehen gebracht werden. Es wurde festgestellt, daß es sich um ein aus vielen Drähten bestehendes Seil handelte, das kunstgerecht mit Schifferknoten an Chausseebäumen beiderseits der Straße angebracht war. Die zuständige Landjägerstelle wurde verständigt. In einem nahen Roggenfeld konnte deutlich die Stelle erkannt werden, wo die Verbrecher auf der Lauer gelegen haben müssen; sie selbst sind in der Dunkelheit entkommen.

Ein nobles Paar. Der „Paris Midi" berichtet von einer eigenartigen Hochzeitsfeier zwischen den beiden prinzlichen Häusern Broglie und Bourbon. Die Prinzessin Amidée de Broglie soll dieser Tage in aller Stille mit dem Prinzen Don Louis de Bourbon in den Ehestand getreten sein. Was die Aristokratie an dieser Hochzeit besonders erregt habe, sei nicht nur die Tatsache, daß die Braut 73 und der Bräutigam 40 Jahre zähle, sondern vor allem der Umstand, daß Don Louis de Bourbon jener famose spanische Grande sei, der vor einigen Jahren wegen mehrfacher Zechprellerei in Frankreich verurteilt wurde und nur durch das Eingreifen des Königs Alfons aus seinen schlimmsten Schulden gerettet werden konnte.

Das Erdbeben in Indien. Das Erdbeben in Indien hat an den Eisenbahnlinien großen Schaden angerichtet. Der Verkehr wird teilweise mindestens 2 Wochen unterbrochen sein. Auf einer Strecke sind 5 Brücken schwer beschädigt worden. An einer Stelle wurde der Schienenstrang auf eine Länge von 32 Kilometern durch das Erdbeben verlegt.

Die Landung der Dauerflieger. Wie aus Chicago gemeldet wird, waren die Dauerflieger Gebrüder Hunter zu landen gezwungen, weil die Oelventile und die Oelleitung ihres Flugzeuges verstopft waren. Insgesamt haben die Flieger eine Strecke von 66 360 Kilometern zurückgelegt, wobei 221 mal Verbindung mit dem Brennstoffversorgungsflugzeug aufgenommen wurde, das von 2 weiteren Brüdern Hunter geführt wurde. Die Dauerflieger verbrauchten während ihres Rekordfluges 30 520 Liter Gasolin und 1600 Liter Oel. Die beiden Flieger Hunter waren völlig erschöpft. Sie blieben minutenlang regungslos, bevor sie schwerfällig und ihrer Beine kaum mächtig aus der Kabine traten. Sie waren über und über mit Fett beschmiert. Ihre Gesichter waren hohläugig. Die Flieger machten einen völlig schlaftrunkenen Eindruck. Bei der Kraftprobe zwischen menschlichem und technischem Element hatte die Technik die Oberhand behalten. Das Flugzeug hätte noch mehrere Tage stand gehalten, während die Brüder in dem erschöpften Zustand nicht mehr die Energie aufzubringen vermocht hätten, um die Reparatur an der Oelzuführung durchzuführen. Sie landeten unter dem frenetischen Jubel der Zuschauer.

Handel, Verkehr und Volkswirtschaft.

Stuttgart, 7. Juli. (Landesproduktenbörse.) **Die seit mehreren Wochen anhaltende Trockenheit und Hitze läßt befürchtungen für die zur Reife neigende Ernte aufkommen. Trotzdem konnte sich auch in abgelaufener Woche noch keine festere Stimmung auf dem Getreidemarkt durchsetzen, da die Mühlen nach wie vor über schlechten Mehlabsatz klagen. Die Umsätze erstreckten sich auf Deckung des laufenden Bedarfs. Es notierten je 100 Kg.: Auslandsweizen 31—33 (letzter Markt unv.), württ. Weizen 29.50—30 (unv.), Roggen 17.50—18 (unv.), Hafer 16—16.50 (15.75—16.25), Wiesenheu neue Ernte 5—6 Kleeheu neue Ernte 6—6.50 (unv.), drahtgepreßtes Stroh 3—4 (unv.), Weizenmehl 45.75—46.25 (45.50—46), Brotmehl 33.75—34.25 (33.50 bis 34), Kleie 7.50—8.50 (6.50—7) Mk.**

Neueste Nachrichten.

Freiburg, 7. Juli. **Im Oberrheintal im südöstlichen Schwarzwald und im Bodenseegebiet gingen gestern nachmittag starke Wolkenbrüche mit Hagelschlag nieder. Sie richteten in Feld und Flur sowie in den Ortschaften umfangreichen Schaden an. Der Telephonverkehr erlitt erhebliche Unterbrechungen durch Sturmschäden. In der Donaueschinger Gegend schwollen die nach dem Rhein zu fließenden Bäche stark an und setzten in dem kleinen Ort Fützen den größten Teil der Häuser unter Wasser. Gleiches geschah im Hegau, besonders in Engen. In Ueberlingen am Bodensee entwurzelte der Sturm zahlreiche Bäume, darunter eine Jahrhunderte alte Libanonzeder. Verschiedentlich wurden Dächer von den Häusern abgedeckt. Der Schaden, besonders an den Gebäuden, ist sehr groß. Das Unwetter war das schwerste, das bisher in diesem Jahre über Oberbaden und das Bodenseegebiet niedergegangen ist.**

Nürnberg, 7. Juli. Die „Fränkische Tagespost" berichtet, daß die Staatsanwaltschaft Fürth gegen den nationalsozialistischen Studenten Sunkel ein Ermittlungsverfahren eingeleitet hat. Sunkel hat bei der Enthüllung des Gefallenendenkmals der Universität Erlangen in einer Ansprache ausgeführt: „Die Beseitigung des heutigen Staates ist unser oberstes Gebot".

Trier, 7. Juli. Nach den ersten Schadensfeststellungen hat ein schweres Hagelwetter, das am Samstag nachmittag das Ruwertal heimsuchte, große Verwüstungen angerichtet. Auf der staatlichen Domäne Roelsberg und in dem Weinorte Casel wird mit einer völligen Vernichtung der Ernteaussichten gerechnet, in den Nachbarorten sollen etwa 25—30 Prozent der Ernte vernichtet sein. In Casel wurden vom Hagelschlag zahlreiche Dächer beschädigt und Fensterscheiben zertrümmert. Die zu Tal schießenden Wassermassen rissen in den Weinbergen derart viel Geröll mit, daß in den Tälern der Boden davon bedeckt war. In den Weingärten sieht man Furchen von einem halben Meter Tiefe und zahlreiche Reben wurden mit den Pfählen aus dem Boden gespült.

Leipzig, 7. Juli. In der Revisionsverhandlung im Jorns-Prozeß vor dem Reichsgericht beantragte der Vertreter des Angeklagten, Professor Sinzheimer, die Revision des Nebenklägers zurückzuweisen. Zur allgemeinen Ueberraschung erklärte er sodann, daß er die Revision des Angeklagten Bornstein zurücknehme. Reichsanwalt Jessenberger stellte nach langen Ausführungen seinerseits den Antrag, auf die Revision des Nebenklägers das Urteil aufzuheben und die Sache zur neuerlichen Verhandlung und Entscheidung an die Vorinstanz zurückzuweisen.

Leipzig, 7. Juli. In der Revisionsverhandlung des Falles Jorns vor dem 2. Strafsenat des Reichsgerichts verkündete Senatspräsident Dr. Witt heute nachmittag nach dreistündiger Beratung folgendes Urteil: Die Revision des Angeklagten Bornstein wird verworfen. Durch die Revision des Nebenklägers Jorns wird das Urteil aufgehoben und die Sache zu neuer Verhandlung an die Vorinstanz zurückgewiesen.

Berlin, 7. Juli. Im Reichstag wurde heute zunächst das vorläufige deutsch-rumänische Handelsabkommen nach kurzer Debatte gegen die Stimmen der Rechten in zweiter und dritter Beratung angenommen. Darauf folgte die Beratung der Deckungsvorlagen der Reichsregierung, verbunden mit der zweiten Beratung des Haushalts des Reichsfinanzministeriums. Die Debatte wurde durch eine Rede des Reichsfinanzministers Dietrich über die Deckungsvorlagen eingeleitet. Sie zog sich bis 7 Uhr hin. Dann wurden, da keine Wortmeldung mehr vorlag, die Deckungsvorlagen dem Steuerausschuß überwiesen. Das Haus vertagte sich auf morgen, 3 Uhr, zur Beratung des Haushalts des Reichsfinanzministeriums.

Berlin, 7. Juli. Wie wir von gut unterrichteter Seite hören, hat der deutsche Außenminister in seiner heutigen Unterredung mit Botschafter de Margerie selbstverständlich die Gewalttaten verurteilt, dabei aber darauf hingewiesen, daß sich der Umfang der Ausschreitungen psychologisch aus dem erneuten Ausbruch der Leidenschaften über das hochverräterische Treiben der Separatisten erklärt. Der Reichsaußenminister hat dann des weiteren dargelegt, welche Maßnahmen die Reichsregierung von sich aus und auf ihre Veranlassung die Landesbehörden zur Durchführung der Amnestieverreinbarungen ergriffen haben.

Berlin, 7. Juli. Gegenüber den Mitteilungen von Pertinax im Echo de Paris, nach denen der französische Botschafter in Berlin, de Margerie, Vorstellungen gegen die Reise des Reichspräsidenten zu den Befreiungsfeiern im Rheinland erhoben oder Bedenken geäußert habe, erfahren wir von unterrichteter Seite, daß diese Mitteilungen unrichtig sind. Der französische Botschafter hat lediglich im Interesse der Weiterpflege guter deutsch-französischer Beziehungen gebeten, im Programm dieser Feiern alles zu vermeiden, was diese Beziehungen stören oder beeinträchtigen könne.

Berlin, 8. Juli. Zu den Meldungen über einen angeblichen Widerruf der Geständnisse des Massenmörders Peter Kürten erfährt der Bochumer Mitarbeiter des Lokalanzeigers von zuständiger Stelle, daß von einem Widerruf Kürtens noch nicht gesprochen werden kann. Noch am Freitag nachmittag fand eine eingehende Vernehmung Kürtens durch Kriminalrat Momberger, den Chef der Düsseldorfer Ortsinspektion, statt, bei dem Kürten weiter ihn selbst belastende Aussagen machte. Die Kriminalpolizei weist darauf hin, daß vom Tage der Verhaftung Kürtens das Bestreben der vernehmenden Beamten dahin ging, die Selbstgeständnisse so weit wie möglich außer Acht zu lassen. Eine Zurücknahme von Geständnissen durch Kürten würde ohne jede Bedeutung sein, da ihm die einzelnen Fälle einwandfrei nachgewiesen werden konnten.

Kiel, 7. Juli. Zum Besuch des im hiesigen Hafen liegenden amerikanischen Geschwaders ist der amerikanische Botschafter in Berlin, Sackett, hier eingetroffen. Etwa 100 Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften des Geschwaders begaben sich heute vormittag, einer Einladung der Städte Hamburg und Bremen folgend, im Kraftwagen nach den beiden Hansastädten, wo ihnen zu Ehren offizielle Empfänge durch die Senate stattfinden werden. Am Nachmittag findet auf dem Kreuzer „Königsberg" ein Bordfest statt.

Helsingfors, 7. Juli. Die kommunistischen Abgeordneten, die seinerzeit entführt worden waren, sind in der vergangenen Nacht von den Entführern der Polizei ausgeliefert worden. In der letzten Nacht brachen in Kouvaniemi im Bahnhofmagazin und in der Stadt zwei Brände aus, die, wie die Blätter behaupten, auf Brandstiftung der Kommunisten zurückzuführen seien. Der entstandene Schaden beläuft sich auf 2 Millionen finnische Mark.

Helsingfors, 7. Juli. Bei der großen, stark religiös gefärbten, antikommunistischen Kundgebung der Lappo-Leute wurde der Regierung das Vertrauen ausgesprochen.

Rom, 7. Juli. Italien erklärt sich grundsätzlich mit der Paneuropa-Idee einverstanden, weist aber darauf hin, daß der Gedanke der Abrüstung von Briand zu wenig berücksichtigt worden sei.

Mexiko, 7. Juli. Bei den Kongreßwahlen in Mexiko, die im allgemeinen zugunsten der Regierungskandidaten ausfielen, kam es an mehreren Orten zu schweren Zusammenstößen. In Mexiko Stadt allein wurden fünf Personen getötet und 30 verletzt.

Staatspräsident Dr. Bolz spricht vor Studenten.

Stuttgart, 7. Juli. Freitag abend hielt Staatspräs. Dr. Bolz in der Aula der Technischen Hochschule vor der Studentenschaft einen Vortrag über die Reichsreform. Er bekannte sich dabei als grundsätzlicher Anhänger der Reichsreform, weil die gegenwärtige Reichsgliederung von der jungen Generation nicht mehr verstanden werde. Der Staatspräsident erläuterte dann die vom Verfassungsausschuß der Länderkonferenz angenommenen Vorschläge und sprach sich gegen die Tendenz der Gleichmacherei und Schematisierung, aber auch gegen eine Ueberstürzung der Reform und gegen ihre irreführende Begründung mit Ersparnismöglichkeiten aus. Während des Vortrags wurde der Staatspräsident mehrfach durch spontane Beifallsäußerungen unterbrochen.

Der Reichspräsident an die badische Regierung.

Berlin, 7. Juli. Der Reichspräsident hat auf das von der Befreiungsfeier in Kehl an ihn gerichtete Telegramm wie folgt geantwortet: „Staatspräsident Dr. Schmitt, Karlsruhe. Der badischen Landesregierung sowie der Stadt Kehl und ihrer Bevölkerung danke ich für das mir anläßlich der Befreiungsfeier übermittelte Treuegelöbnis. Ich erwidere Ihre Grüße mit dem herzlichsten Wunsche, daß der nun wieder mit uns vereinten Stadt Kehl eine glückliche Zukunft beschieden sei. (gez.) v. Hindenburg, Reichspräsident.

Die Ausschreitungen gegen Separatisten im Rheinland.

Berlin, 7. Juli. Wenn französische Zeitungen bemüht sind, die spontanen Ausschreitungen einzelner Bevölkerungsteile im Rheinlande gegen als Separatisten bekannte Persönlichkeiten Ausschreitungen, die übrigens von allen ernsthaften deutschen Zeitungen verurteilt worden sind — als eine Verletzung der mit den ehemaligen Besatzungsmächten abgeschlossenen Amnestieabkommen auszulegen, so ist nach Auffassung hiesiger maßgebender politischer Kreise ein solches Verfahren als durchaus abwegig zu bezeichnen. Es handelt sich um plötzlich aufgetauchte kleinere Tumulte, die nicht vorauszusehen waren und deren möglichst schnelle Unterdrückung zunächst Aufgabe der lokalen Polizeibehörden war, auf die bekanntlich die Reichsregierung keinen unmittelbaren Einfluß nehmen kann. Die Polizeiorgane haben übrigens selbstverständlich alles getan, um der Bewegung so schnell wie möglich Herr zu werden, obwohl der staatlichen Polizei diese Aufgabe wesentlich durch den Umstand erschwert war, daß ihre Mannschaftsbestände eben erst in das geräumte Gebiet eingerückt und weder mit den örtlichen Verhältnissen, noch mit der Bevölkerung ausreichend vertraut waren. Zu den in einzelnen Pressemeldungen aufgetauchten Gerüchten, daß von französischer Seite Entschädigungsforderungen wegen der Ausschreitungen geltend gemacht worden seien, wird in maßgebenden Kreisen darauf hingewiesen, daß eine vertragsrechtliche Grundlage für die Erhebung dieser Forderungen seitens der französischen Regierung nicht gegeben sei.

Was Dietrich fordert.

Berlin, 7. Juli. Reichsfinanzminister Dr. Dietrich begann seine Ausführungen vor dem Reichstag mit einem Dank an seinen Vorgänger und weist nach einem kurzen Ueberblick über die Entwicklung der Reichsfinanzen in der letzten Zeit auf den ungedeckten Fehlbetrag des Haushalts hin, der bekanntlich 185 Millionen R.M. beträgt. Die Ursachen dieses Fehlbetrags seien ausschließlich in der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Monate zu suchen. Wenn die Arbeitslosenversicherung wirklich ihre Aufgabe erfüllen und demgemäß den Arbeitslosen die ihnen zustehenden Ansprüche befriedigen würde, dann wäre das größte Unsicherheitsmoment auf der Ausgabenseite des Reiches verschwunden. Dazu komme die Konjunkturempfindlichkeit auf der Einnahmeseite, insbesondere hinsichtlich der Umsatzsteuer, der Beförderungssteuer und der Lohnsteuer. Der Minister geht dann des näheren auf die Deckungsvorschläge ein. Was die von der Regierung beabsichtigte Einsparung von 100 Millionen an den Haushaltsausgaben angehe, so werde es unter den Ressorts noch einen harten Kampf geben. Er habe aber die tatsächliche Einsparung dieser 100 Millionen zur Voraussetzung seines Verbleibens im Amte gemacht. Nicht zugeben könne er, daß im gegenwärtigen Moment weitere sofort wirkende Ersparnismöglichkeiten beständen. Der Minister setzte sich dann im einzelnen mit den Sparvorschlägen des Hansa-Bundes auseinander. Die vom Hansa-Bund geforderte Streichung des Reichsbeitrages an die Invalidenversicherung und der Ueberweisungen aus der sogenannten lex Brüning seien nicht zu verantworten. Ueber den Vorschlag des Bundes,

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

bei den Renten der Kriegsbeschädigten 135 Millionen einzusparen, müsse er das Urteil der Oeffentlichkeit überlassen. Notwendig sei aber, daß die Bewilligung neuer Renten abgestoppt wird, und daß der Reichstag noch vor den Ferien den entsprechenden Gesetzentwurf annimmt. Auch für eine weitere Kürzung der Tilgungsbeträge für die Rentenbankscheine könne er nicht eintreten, wenn er auch nicht glaube, daß eine solche Maßnahme das Vertrauen in die deutsche Währung, die besser als je sei, erschüttern könnte. Ebenso könne eine Verschiebung der Schuldentilgung auf Grund der lex Schacht nicht in Frage kommen. Alles in allem könne man sagen, daß von den Vorschlägen des Hansabundes schließlich noch 100 Millionen wirkliche Ersparnisse übrig blieben, die ja auch die Reichsregierung zu machen entschlossen sei. Auch im Reichsrat habe niemand positive Anregungen zu weiteren Ersparnissen zu geben vermocht. Was den bei der Reichsbahn zu erwarteten Fehlbetrag angehe, so sei nicht nur ein erheblicher Vortrag bei der Reichsbahn und außerdem starke Reserven vorhanden, sondern das Reich sei auch seinerseits in der Lage, in einem bescheidenen Umfange zu helfen, ohne selbst seine Finanzen damit zu belasten. **Die Lage der Gemeinden sei jedoch als durchaus schlecht anzusehen.** Die Hauptursache der finanziellen Notlage der Gemeinden, die Arbeitslosigkeit, bilden auch eine stete Gefahr für die Finanzen des Reiches. Mit den vorgesehenen Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung werde man nur auskommen, wenn das Arbeitsbeschäftigungs-Programm durchgeführt werde. **Man könne sagen, daß die Aussichten, für etwa eine Milliarde im Laufe des nächsten halben Jahres Arbeit in Gang zu bringen, Hunderttausenden von Menschen Lohn und Brot schaffen werden. Nur wenn das gelinge, könne die im Haushalt aufgemachte Rechnung über die Kosten der Arbeitslosigkeit verantwortet werden.** Bei der Vergebung der Arbeiten müsse besonders sorgfältig darauf geachtet werden, daß sie nicht die Preise erhöhen. Bei der Neuregelung der öffentlichen Finanzen komme der **Ordnung der Gemeindefinanzen** die größte Bedeutung zu. Es werde nicht möglich sein, diese Ordnung etwa in der Form herbeizuführen, daß das Reich neue Mittel aufbringt, und sie den Gemeinden zuwendet. Es komme vielmehr darauf an, sie selbst für die Verausgabung und für die Bewilligung der Steuern verantwortlich zu machen. Im Vordergrunde ständen da der Verwaltungskostenbeitrag oder Bürgersteuer, die Gemeindegetränkesteuer und die Frage der Besteuerung der öffentlichen Betriebe. Der Minister bittet das Haus, das ihm vorliegende Gesetz über die Besteuerung der Betriebe der öffentlichen Hand noch vor der Sommerpause zu verabschieden. Im übrigen seien Gesetzentwürfe, die neue Einnahmequellen für die Gemeinden schaffen, bereits vorbereitet und könnten jederzeit dem Reichstag vorgelegt werden. Zurzeit sei ihre Vorlegung deshalb nicht erfolgt, weil angesichts der mit der Verabschiedung der vorliegenden Gesetzentwürfe verbundenen Schwierigkeiten eine Verabschiedung weiterer Vorlagen nicht gerade erleichtert werde. Der Minister befaßte sich sodann mit dem **Umbau des Steuerwesens** des Reiches und erklärt, daß hier die Senkung der Realsteuern und der Einkommensteuer das erste Ziel sein müßte, wobei er wiederum die Realsteuerfrage für die vordringlichste halte. Zu welchem Zeitpunkt diese Senkungen aber bewerkstelligt werden könnten, sei heute noch nicht zu sagen, da die Auswirkung der schwebenden Finanzmaßnahmen noch nicht zu übersehen sei. Was die Frage der Verteilung von Steuerquellen und Steueraufkommen zwischen Reich, Ländern und Gemeinden angehe, so sei dazu Voraussetzung die Verabschiedung des Steuervereinheitlichungsgesetzes und die Klärung der Hauszinssteuer. In dem Augenblick, in dem wir die Hauszinssteuer ganz oder teilweise nicht mehr für den Wohnungsbau brauchen, werden die Auseinandersetzungen zwischen Reich, Ländern und Gemeinden ungeheuer erleichtert, weil in diesem Augenblick eine Entlastung der Realsteuern im ganzen oder eine Umgestaltung möglich sein werde. Diese Umgestaltung sei besonders vordringlich bei der Gewerbesteuer, die der Minister als die ungerechteste Steuer bezeichnete, deren Verschwinden ihm besonders erwünscht wäre. Der Minister wendet sich dann dem Haushalt für 1931 zu, dessen Vorarbeiten in wenigen Wochen begonnen würden. Bei der Aufstellung dieses Haushaltes werde selbstverständlich wieder die Frage von entscheidender Bedeutung sein, ob man die wirtschaftliche Entwicklung als noch weiter absteigend ansehen muß oder nicht. Auf die Dauer könne das Volk neben den enormen inneren und äußeren Kriegslasten nicht noch 1½ Milliarden oder mehr für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ohne Gegenleistung tragen. Der Minister bezeichnete die Ausführungen des Berichterstatters im Reichsrat, Ministerialdirektor Dr. Brecht, als durchaus zutreffend, in denen für 1931 ein Minussaldo von 270 bis 300 Millionen errechnet wurde. Natürlich hänge auch hier wieder alles von der wirtschaftlichen Entwicklung ab. Wenn man sich auch vor einem billigen Optimismus hüten müsse, so brauche man doch nicht so pessimistisch zu sein, wie es vielerorts der Fall sei.

Nach der Dietrich-Rede.

Berlin, 7. Juli. Die Rede des Reichsfinanzministers Dr. Dietrich ist von den parlamentarischen Kreisen mit großem Interesse aufgenommen worden. Gewiß wurde manchen Angaben des Ministers widersprochen, doch überwog im allgemeinen die Ansicht, daß das Programm bei der Endabstimmung eine Mehrheit finden würde. Man glaubt nach wie vor, daß ein Teil der Deutschnationalen zustimmen wird. Außerdem sind bei den Sozialdemokraten durch die Delegierung einer Reihe von Abgeordneten zu verschiedenen internationalen Kongressen Lücken vorhanden, so daß auch die Opposition nicht vollzählig ist. In der morgigen Parteiführerbesprechung soll es nach Möglichkeit zu einer Klärung im Lager der Regierungsparteien kommen. Dem Vernehmen nach wird erst dann mit den in Frage kommenden Oppositionsparteien Fühlung genommen werden. Wenn auch nach wie vor noch gewisse Abänderungswünsche bestehen, so ist man in den Kreisen der Regierung doch davon überzeugt, nunmehr die Gesetze ohne weitere Schwierigkeiten durchbringen zu können. Wann es zur zweiten Lesung der Deckungsvorlagen kommen wird, hängt von den Beratungen des Haushaltsausschusses ab, an den diese Gesetze nach Abschluß der ersten Lesung überwiesen werden. In den hiesigen politischen Kreisen nimmt man an, daß dies aber spätestens anfangs der kommenden Woche der Fall sein wird, da die parlamentarische Arbeit nach Möglichkeit bis zum 19. d. M. beendet sein soll, um auch den Parlamentariern die Teilnahme an den im Zusammenhang mit der Rheinlandreise des Reichspräsidenten stattfindenden Befreiungsfeiern zu ermöglichen.

Die Saarverhandlungen vertagt.
Frankreich beharrt auf Beteiligung an den Kohlengruben.

Paris, 7. Juli. **Im Verlaufe der Besprechungen, die in den letzten Tagen zwischen den Führern der deutschen und der französischen Delegation für die Saarverhandlungen, Staatssekretär z. D. von Simson und Minister der öffentlichen Arbeiten Pernot, stattgefunden haben, ist festgestellt worden, daß über gewisse Fragen, die von beiden Regierungen als wesentlich angesehen werden, nach wie vor sehr ernste Meinungsverschiedenheiten bestehen. Mit Rücksicht hierauf ist im beiderseitigen Einvernehmen in Aussicht genommen worden, die Verhandlungen demnächst zu suspendieren. Beide Regierungen werden die Pause benutzen, um die Lage, wie sie sich nach den Arbeiten der beiden ersten Unterkommissionen — Gruben- und Zollkommission — darstellt, zu prüfen und um zu klären, ob auf Grund dieser Prüfung eine erfolgversprechende Wiederaufnahme der Verhandlungen, die im Oktober in Aussicht genommen ist, möglich sein wird.**

Die Lappo-Kundgebung in Helsingfors.

Helsingfors, 7. Juli. Der Große Umzug der Lappo-Kundgebung vollzog sich in voller Ordnung. Die Mitglieder der Regierung hatten auf der Treppe der Nikolaikirche auf dem Senatsplatz Aufstellung genommen und wohnten dort dem Aufmarsch bei, an dem etwa 20 000 Personen teilnahmen. Präsident Mannerheim wurde stürmisch begrüßt, als sich die Demonstranten auf dem Senatsplatz versammelten. Der Lappo-Führer Kosola hielt eine Rede, in deren Verlauf er erklärte, die Regierung habe die Vernichtung des Kommunismus beschlossen und die anwesenden 10 000 Demonstranten bürgten dafür, daß dieser Beschluß durchgeführt werde. Präsident Mannerheim antwortete sowohl auf finnisch wie auf schwedisch und sagte u. a., die Lappo-Bewegung strebe weder nach einer Aenderung der Verfassung, noch nach der Diktatur. In dem Kampf gegen den Kommunismus müßte das ganze Volk einig sein. Der Abmarsch der Demonstranten vollzog sich völlig geordnet und unter ungeheurem Jubel. Die ganze Kundgebung hatte insbesondere wegen der hervorragenden Disziplin, ihres stark religiösen Charakters und der Beachtung der Sprachenparität starken Eindruck auf die Bevölkerung gemacht.

Hoover für Verabschiedung des Londoner Flottenpakts.

Washington, 7. Juli. Präsident Hoover eröffnete heute die Sondertagung des Bundessenats, die er zur Verabschiedung des Londoner Flottenpaktes einberufen hatte, mit einer Botschaft, in der er die sofortige Ratifizierung des Paktes für unbedingt wichtig erklärte. Bedeutsam sei allein die Frage, ob der Pakt den Vereinigten Staaten eine angemessene Landesverteidigung gewährleiste. Diese Frage bejahte der Präsident und fügte hinzu, bei Ablehnung des Vertrags sei ein Wettrüsten mit gewaltigen Kosten für die Steuerzahler und schwerer Trübung der internationalen Beziehungen, ja vielleicht Krieg zu erwarten. Amerika dürfe nicht denken, daß es als reichste Nation der Welt alle anderen Mächte in seinen Rüstungen überflügeln könne. Andere Nationen würden jedes Opfer bringen, um einen derartigen Plan zu vereiteln. Die Lage Europas 1914 sei ein deutliches Beispiel, wie nutzlos und gefährlich das Wettrüsten sei.

Die in der gestrigen Zeitung ausgeschriebene

Versteigerung eines Autos

am Mittwoch den 9. Juli 1930

findet nicht statt.

Hildenbrand, Gerichtsvollzieher.

Arbeitsvergebung.

Zum **Neubau von Fünf-Reihen-Einfamilien-Wohnhäuser** habe ich folgende Arbeiten im Akkord zu vergeben:

Zimmer-, Schreiner-, Glaser-, Flaschner-, Schlosser-, Maler- und Tapezier-Arbeiten, sowie die Eisenlieferung.

Unterlagen liegen bei mir auf und können **von 12 bis 1 Uhr mittags** bis Freitag den 11. Juli bei mir eingesehen werden. Zuschlagsfrist: 14 Tage.

Wilhelm Gohl, Birkenfeld,
Göthe-Straße 9.

Birkenfeld, den 8. Juli 1930.

Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß unsere liebe Mutter, Schwieger- und Großmutter

Rosine Schroth, Witwe,
geb. Proß,

im Alter von nahezu 81 Jahren nach langem, schweren Leiden sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung: Mittwoch nachm. ½7 Uhr.

Wir hatten Gelegenheit

Große Posten Sommerkleider

in nur neuen Formen, in modernsten Wasch- und Seidenstoffen zu günstigen Preisen zu erwerben und bringen zum Verkauf:

Indanthrenkleider	neue Muster alle Größen	3.50	4.50	6.50
Engl. Trikolettkleider alle Farben und weiß		5.25	6.50	9.00
Kunstseidenkleider neue Muster in allen Größen		4.50	5.75	8.50
Voilekleider	neue Formen, hochap. Dessins	8.50	12.00	16.00
Für starke Damen:				
Kleider	mit langen u. kurzen Aermeln	4.50	7.50	9.00

Krüger & Wolff
PFORZHEIM.
Das große Spezialhaus für Damenkonfektion

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Es ist Veranlassung gegeben, an die Bestimmungen zum Schutz von Personen gegen

Hunde

zu erinnern, insbesondere fehlt den Hunden vielfach der Maulkorb und das Halsband mit Namen und Wohnort des Besitzers. Verfehlungen werden künftig unnachsichtig bestraft.

Ortspolizeibehörde Knodel.

Liederkranz Neuenbürg

Heute abd. präzis 8 Uhr

Singstunde.

Geldverdienen kann jeder,

wenn er in Bekanntenkreisen od. anderswo (beispielweise in Vereinen, Fabriken usw.) einen Artikel vertreibt, der jedem Verbraucher großen Nutzen bringt, oder Mk. 10.— Tagesverdienst u. mehr durch Vertrieb von Patent-Neuheiten. Interessenten wollen ihre volle Adr. senden unter R. B. an die „Enztäler"-Geschäftsstelle.

Kaufen Sie Ihre

Lebensmittel

bei

E. Lindemann

Neuenbürg, Tel. 191.

5 % Rabatt.

Existenz!

General-Vertreter

als dortiger Bezirksleiter ges., hoher Verd. Ort und Beruf gl. (kostenl. Anleitg.).

Kahmann & Müller,
Hilden Rhld. 91.

Lengenloch.

Guten

Apfel-Most

hat gegen Kassa zu verkaufen

Johs. Kalmbach.
Tel. Altensteig Nr. 95.

Obernhausen.

Ein 15 Wochen trächtiges

Mutter-Schwein

wird dem Verkauf ausgesetzt.

Haus Nr. 56.

Calmbach, den 7. Juli 1930.

Danksagung.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben Entschlafenen

Karl Barth, Güterbeförderer,

sagen wir auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank. Besonderen Dank dem Gesangverein, dem I. Fußballklub und seinen Schulkameraden für die Kranzniederlegungen, ebenso für die zahlreichen Blumenspenden, sowie denen, die ihn zur letzten Ruhe begleitet haben.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Neuenbürg.

Ein guterh., vollständiges

Kinderbett

(eiserne Bettstelle), sowie eine polierte **Bettlade mit Rost** hat zu verkaufen

Eußlin, Gräfenh. Steige.

Dobel.

Erstklassige, junge

Nutz- und Fahrkuh,

37 Wochen trächtig, verkauft

Gotthilf König,
Zimmermann.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw